



Dr. Wilfried Blume-Beyerle
Berufsmäßiger Stadtrat

I.

Herrn StR Dominik Krause
Frau StRin Gülseren Demirel
Frau StRin Jutta Koller
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Neonazistische Aktivitäten bei „Pegida“ in München?

Schriftliche Anfrage gemäß § 68 GeschO
Anfrage Nr. 14-20 / F 00402 von Herrn StR Dominik Krause,
Frau StRin Gülseren Demirel, Frau StRin Jutta Koller
vom 29.09.2015, eingegangen am 29.09.2015

Az. D-HA II/V1 130-3-0411

Sehr geehrter Herr Stadtrat Krause,
sehr geehrte Frau Stadträtin Demirel,
sehr geehrte Frau Stadträtin Koller,

Herr Oberbürgermeister Reiter hat mir Ihre Anfrage vom 29.09.2015 zur Beantwortung überlassen.

Inhaltlich teilten Sie Folgendes mit:

„Wir bitten für folgende Fragen um Stellungnahmen des Kommunalen Netzwerks gegen Rechtsextremismus München, dem Münchner Polizeipräsidium sowie dem Landesamt für Verfassungsschutz:

1. Welche Kenntnisse liegen der städtischen Verwaltung, dem Münchner Polizeipräsidium sowie dem Landesamt für Verfassungsschutz über die Aktivitäten von Neonazis bei den

sogenannten „Pegida“-Aufmärschen vor?

2. Welche Münchner Nazi-Organisationen haben sich an den Pegida-Demos beteiligt? Gibt es signifikante Organisationen die sich nicht beteiligt haben?“

Für die Beantwortung Ihrer Fragen haben wir das Polizeipräsidium München, das Landesamt für Verfassungsschutz sowie die städtische Fachdienststelle für Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit eingebunden. Die Stellungnahme der zuletzt genannten städtischen Fachdienststelle erfolgte in engem Informationsaustausch mit der Fachinformationsstelle gegen Rechtsextremismus in München (firm) beim freien Träger Feierwerk e.V.

Frage 1:

Welche Kenntnisse liegen der städtischen Verwaltung, dem Münchner Polizeipräsidium sowie dem Landesamt für Verfassungsschutz über die Aktivitäten von Neonazis bei den sogenannten „Pegida“-Aufmärschen vor?

Antwort:

Stellungnahme des Polizeipräsidiums München:

„Die eingesetzten Beamten der Staatsschutzdienststelle des PP München stellten bei „PEGIDA-Aufmärschen“ (anfangs „BAGIDA“) regelmäßig die Teilnahme von Rechtsextremisten fest. Die Anzahl der Rechtsextremisten nahm im Jahresverlauf beständig ab. Während im Januar und Februar zum Teil zahlreiche Rechtsextremisten an den Versammlungen teilgenommen hatten, reduzierte sich deren Zahl sehr bald (bereits ab März 2015).

Aktuell nehmen nur noch Einzelpersonen der rechtsextremistischen Szene an den Versammlungen teil.“

Stellungnahme des Landesamtes für Verfassungsschutz:

Zu den genannten Fragen verweisen wir auf die im Internet abrufbare Verfassungsschutzinformation Bayern 1. Halbjahr 2015 des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr zum Thema „Die PEGIDA-Bewegung im Visier von Extremisten“. Insbesondere mit Bezug auf den Bereich der Landeshauptstadt München ergibt sich momentan folgende Erkenntnislage:

1. Allgemeine Informationen

Mit der zunehmenden Präsenz von PEGIDA in der öffentlichen und medialen Wahrnehmung geriet die Bewegung zunehmend in den Fokus von Extremisten. Darunter befinden sich Rechtsextremisten aus dem parteigebundenen und dem neonazistischen Spektrum ebenso wie Personen aus dem Spektrum der verfassungsschutzrelevanten Islamfeindlichkeit. Aufgrund der aktuellen „Flüchtlingsthematik“ gewinnt die Protestbewegung im Rahmen von

Veranstaltungen wieder an Bedeutung, auch ist eine zunehmende Radikalisierung einzelner Teilnehmer wahrnehmbar. Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz achtet daher genau darauf, inwieweit personelle Überschneidungen zwischen rechtsextremistischer bzw. verfassungsschutzrelevanter islamfeindlicher Szene und Gruppierungen, von denen die Kundgebungen in Bayern ausgehen, erkennbar sind. Dem Beobachtungsauftrag des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz unterliegen die politischen Aktivitäten von Extremisten in solchen Initiativen insbesondere im Hinblick auf mögliche Beeinflussungsabsichten.

2. PEGIDA München e.V. (ehemals BAGIDA)

Die erste Kundgebung unter dem Namen BAGIDA („Bayern gegen die Islamisierung des Abendlandes“) fand am 12.01.2015 in München statt. Unter den 1.500 Teilnehmern waren rund 200 Rechtsextremisten. Die Rechtsextremisten waren aus ganz Bayern angereist, teilweise auch aus anderen Bundesländern. Im Vorfeld hatten sowohl die rechtsextremistischen Parteien NPD, Der Dritte Weg (III. Weg) und DIE RECHTE als auch rechtsextremistische Bürgerinitiativen und neonazistische Gruppierungen für die Veranstaltung mobilisiert. Der bayerische NPD-Landesvorstand forderte in einer Erklärung vom 10.01.2015 Mitglieder und Anhänger der NPD auf, sich „an den Demonstrationen gegen Islamisierung und Asylmissbrauch“ zahlreich zu beteiligen. Der Münchner Kreisverband der Partei DIE RECHTE mobilisierte in einer Presseerklärung für die Teilnahme an BAGIDA-Kundgebungen und verteilte in mehreren Münchner Stadtteilen Flugblätter. Die rechtsextremistische Partei III. Weg wies auf ihrer Homepage auf die BAGIDA-Kundgebung am 19.01.2015 hin und veröffentlichte im Anschluss einen Bericht darüber.

Die Anmelderin für die BAGIDA-Demonstrationen, Frau Birgit Weissmann, stammt ursprünglich aus dem Personenkreis um Michael Stürzenberger, dem Landes- und Bundesvorsitzenden der Partei DIE FREIHEIT. Der Landesverband Bayern der Partei DIE FREIHEIT unterliegt dem gesetzlichen Beobachtungsauftrag des BayLfV im Phänomenbereich der verfassungsschutzrelevanten Islamfeindlichkeit (vgl. Verfassungsschutzbericht Bayern 2014). In dem im Januar 2015 gegründeten BAGIDA-Organisationsteam hatte Stürzenberger zunächst eine Schlüsselrolle inne. Er mobilisierte Personen aus dem Umfeld der Partei DIE FREIHEIT Bayern, trat wiederholt als Redner auf und engagierte sich bei der Organisation der Veranstaltungen. So lieferte Stürzenberger Kundgebungsmaterialien mit seinem Pkw an, baute die Lautsprecheranlage auf und erteilte Helfern Anweisungen. Mit Infoständen im Münchner Stadtgebiet bewarb er die Aktivitäten von BAGIDA. Im April zog sich Stürzenberger aufgrund interner Differenzen von BAGIDA zurück. Parallel dazu gründete sich ein Verein „PEGIDA München - zur Förderung staatsbürgerlicher Anliegen“ ohne Beteiligung Stürzenbergers. Der Verein ist seit 29.04.2015 im Vereinsregister des Amtsgerichts München eingetragen. Als einer der Vorstände des PEGIDA München e.V. tritt ein Herr Heinz M. auf. Nach Aussage des Bayerischen Landeskriminalamtes ermittelt dieses seit 2012 im Auftrag des Generalbundesanwaltes beim Bundesgerichtshof in einem Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung gemäß § 129a StGB gegen den Beschuldigten Heinz M.. Das Ermittlungsverfahren ist noch nicht abgeschlossen. Auskünfte zum Stand der Ermittlungen behält sich der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof vor. Als Beisitzer gehört dem Vorstand von PEGIDA München e.V. mit Stand vom 29.04.2015 Stefan Werner an. Er kandidierte im Jahr 2005 bei den Bundestagswahlen auf der Liste der NPD.

Die anfänglich starke Mobilisierung in der rechtsextremistischen Szene für die ersten Kundgebungen, die noch unter dem Namen BAGIDA (Bayern gegen die Islamisierung des Abendlandes) stattfanden, hat rasch nachgelassen. Aus dem rechtsextremistischen Spektrum beteiligten sich gegenwärtig nur noch Einzelpersonen an den stationären bzw. sich fortbewegenden Kundgebungen von PEGIDA München, eine koordinierte Mobilisierung ist innerhalb der rechtsextremistischen Szene (gegenwärtig) nicht mehr feststellbar.

An der Kundgebung der Protestgruppe PEGIDA München nahmen am 12.10.2015 in München an der Auftaktkundgebung 120 Personen, darunter sechs Rechtsextremisten und am Aufmarsch in der Spitze bis zu 280 Personen teil. Vor dem Ende der Kundgebung betraten mehrere Personen die Empore der Feldherrnhalle und riefen „hasta la vista antifascista“. Der Gruppe gehörten die Rechtsextremisten Thomas Schatt und Karl-Heinz Statzberger an. Eine Person der Gruppe hob ihren ausgestreckten rechten Arm mit einer geballten Faust. In der Vorwoche beteiligten sich am an der Auftaktkundgebung 70 Personen und am Aufmarsch in der Spitze bis zu 190 Personen. Am 05.10.2015 befanden sich unter den Kundgebungsteilnehmern vier Rechtsextremisten.

Erkenntnisse über (rechts-)extremistische Aktivitäten bzw. Beeinflussungen der Protestgruppe PEGIDA München e.V. im Sinne der oben genannten Stadtratsanfrage unterliegen dem gesetzlichen Beobachtungsauftrag des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz (BayLfV), auf die Informationsübermittlungsverpflichtung an das BayLfV gemäß Art. 12 Abs. 1 BayVSG wird hingewiesen.“

Stellungnahme der städtischen Fachdienststelle für Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit (unter wesentlicher Mithilfe der firm):

„Aufgelistet nach stattgefundenen Versammlungen (in Auszügen) ergibt sich nachfolgendes Bild (Info hierzu im Wesentlichen von der Fachinformationsstelle Rechtsextremismus München). Auch wenn die Fragen explizit auf Neonazi-Organisationen abstellen, hält es die FgR für wichtig (alleine um die Größe des Spektrums aufzuzeigen), auch auf beteiligte Organisationen oder Gruppen aus dem rechtspopulistischen bzw. verfassungsschutzrelevanten, islamfeindlichen Bereich einzugehen:

- 19.01.2015: 6 Teilnehmer aus dem rechtsextremen Spektrum (u.a. von III. Weg, Die Rechte, NPD). 2 Teilnehmer verfassungsschutzrelevante Islamfeindlichkeit, 1 Teilnehmer Pro Bewegung.*
- 23.02.2015: 2 Teilnehmer aus dem rechtsextremen Spektrum (u.a. NPD, DIE RECHTE), 3 Teilnehmer aus Spektrum verfassungsschutzrelevante Islamfeindlichkeit, 1 Teilnehmer Pro Bewegung.*
- 07.03.2015: 7 Teilnehmer aus dem rechtsextremen Spektrum (u.a. NPD, DIE RECHTE, Neonazi Hooligans), 7 Teilnehmer verfassungsschutzrelevante Islamfeindlichkeit, 8 Teilnehmer aus rechtspopulistischem Spektrum (u.a. Pro Bewegung).*
- 23.03.2015: 10 Teilnehmer aus dem rechtsextremen Spektrum (u.a. NPD, III.Weg, Die Rechte, Neonazi-Hooligans), 7 Teilnehmer verfassungsschutzrelevante Islamfeindlichkeit, 2 Teilnehmer aus rechtspopulistischem Spektrum (u.a. Pro-Bewegung).*

- 27.04.2015: 6 Teilnehmer aus dem rechtsextremen Spektrum (u.a. NPD), 10 Teilnehmer verfassungsschutzrelevante Islamfeindlichkeit, 1 Teilnehmer aus rechtspopulistischem Spektrum (Pro-Bewegung).
- 04.05.2015: 6 Teilnehmer aus dem rechtsextremen Spektrum (u.a. Die Rechte), 12 Teilnehmer verfassungsschutzrelevante Islamfeindlichkeit, 2 Teilnehmer aus rechtspopulistischem Spektrum (u.a. Pro-Bewegung)
- 18.05.2015: 17 Teilnehmer aus dem rechtsextremen Spektrum (u.a. NPD, III.Weg, Neonazi-Hooligans), 11 Teilnehmer verfassungsschutzrelevante Islamfeindlichkeit, 2 Teilnehmer aus dem rechtspopulistischen Spektrum (u.a. Pro-Bewegung).
- 01.06.2015: 14 Teilnehmer aus dem rechtsextremen Spektrum (u.a. NPD, III.Weg, Die Rechte, Neonazi-Hooligans), 9 Teilnehmer verfassungsschutzrelevante Islamfeindlichkeit, 2 Teilnehmer aus dem rechtspopulistischen Spektrum (u.a. Pro-Bewegung).
- 14.09.2015: 5 Teilnehmer aus dem rechtsextremen Spektrum (u.a. III.Weg, NPD, DIE Rechte, BIA), 9 Teilnehmer verfassungsschutzrelevante Islamfeindlichkeit, 3 Teilnehmer aus rechtspopulistischem Spektrum (u.a. Pro-Bewegung).

Fazit FgR: Aus der Zusammenstellung lässt sich ableiten, dass Rechtsextreme regelmäßig an Versammlungen von Pegida München teilnehmen. Es gibt praktisch keine bekannte rechtsextreme Organisation, die nicht zumindest an einer der Versammlungen teilgenommen hat. Rechtsextreme sind somit fester Bestandteil der wöchentlichen Versammlungen und prägen auch aufgrund ihres Auftretens den Charakter der Versammlungen maßgeblich. Daneben zeigt sich, dass auch regelmäßig eine größere Anzahl an Personen aus dem Umfeld der vom Verfassungsschutz Bayern wegen verfassungsschutzrelevanter Islamfeindlichkeit beobachteten Partei Die Freiheit, Landesverband Bayern, an den Versammlungen teilnimmt.

Frage 2:

Welche Münchner Nazi-Organisationen haben sich an den Pegida-Demos beteiligt? Gibt es signifikante Organisationen, die sich nicht beteiligt haben?

Antwort:

Stellungnahme des Polizeipräsidiums München:

„Die erkannten Personen konnten insbesondere in der Anfangsphase der PEGIDA-Versammlungen (Januar und Februar 2015) zum Teil verschiedenen rechtsextremistischen Parteien zugeordnet werden, so zum Beispiel der „NPD“, „Die Rechte“ oder „Der III. Weg“, jedoch ohne dass sie während der Versammlungen nach außen erkennbare, eigene Aktivitäten für rechtsextremistische Organisationen entfalteten.“

Stellungnahme des Landesamtes für Verfassungsschutz:

siehe Antwort zu Frage 1.

**Stellungnahme der städtischen Fachdienststelle für Demokratie – gegen
Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit (unter wesentlicher Mithilfe
der firm):**

siehe Antwort zu Frage 1.

Dr. Blume-Beyerle
Berufsm. Stadtrat